



## Aufruf der Zivilgesellschaft

Der Konvent für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung fordert eine tiefgreifende Agrarreform

von Hannes Lorenzen

*Eine neue Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU steht ins Haus. Bis Ende 2012 werden EU-Kommission, Agrarrat und EU-Parlament über die neue Ausrichtung, über Instrumente und die Finanzierung beraten. In dieser Zeit wird von vielen Seiten Einfluss genommen auf die Ausrichtung der Agrarpolitik nach 2013. Um die Vorschläge der europäischen Zivilgesellschaft für die Reform der Agrarpolitik zusammenzutragen und zu bündeln, hat der Konvent für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung (Agricultural & Rural Convention) in einem monatelangen Diskussions- und Abstimmungsverfahren eine gemeinsame Erklärung erarbeitet, die den europäischen Institutionen Mitte November 2010 vorgelegt wurde. – Der folgende Beitrag beschreibt die Hintergründe und den Entstehungsprozess dieser zivilgesellschaftlichen Initiative und gibt die zentrale Analysen und Forderungen des Reformvorschlags wieder.*

Die Agricultural & Rural Convention ARC2020 ist eine Initiative von europäischen Netzwerken und Bündnissen, die seit April 2010 Vorschläge der europäischen Zivilgesellschaft für die Reform der Agrarpolitik zusammentragen und auf einem Internetportal zur Diskussion stellen. Statt auf die Veröffentlichung der Reformvorschläge der EU-Kommission zu warten und dann vielstimmig und unkoordiniert darauf zu reagieren, wurde ein gemeinsamer Reformvorschlag erarbeitet. Zwei Wochen vor der Veröffentlichung der generellen Reformvorschläge der Kommission, der so genannten „Mitteilung zur Gemeinsamen Agrarpolitik 2020“, wurde am 17. November 2010 in Brüssel eine „Gemeinsame Erklärung der Zivilgesellschaft an die Europäischen Institutionen zur Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Regionen“ vorgelegt. (Eine Zusammenfassung dieser Erklärung findet sich weiter unten.)

Die gemeinsame Erklärung wurde aus Stellungnahmen und Reformvorschlägen nationaler und regionaler Nichtregierungsorganisationen erarbeitet. Auf nationaler Ebene sind in vielen Mitgliedsstaaten Bündnisse entstanden, die – wie das deutsche AgrarBündnis, die Plattformverbände und das französische PAC 2013 – Verbände aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Tierschutz bereits unter einen Hut gebracht haben. Diese Zusammenschlüsse haben klare Forderungen an ihre Regierungen und die EU-Institutionen formuliert. Aber sie werden bisher nur in ihren nationalen Zu-

sammenhängen wahrgenommen und haben wenig Einfluss auf die Mehrheitsbildung auf europäischer Ebene.

### Europaweiter Diskussionsprozess ...

Der Konvent versteht sich ausdrücklich als Ergänzung zur Initiative von Agrarkommissar Ciolos, mit der auf einem Internetportal der Kommission individuelle Vorschläge von Bürgern zusammengetragen wurden. Im ARC2020-Prozess konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer nicht nur ihre Vorschläge und Forderungen vorstellen, sondern in Arbeitsgruppen ihre Beiträge für die gemeinsame Erklärung untereinander diskutieren und über sie abstimmen. Darüber hinaus fanden im Rahmen des Konvents in zahlreichen Mitglieds- und Beitrittsstaaten regionale und thematische Vorbereitungskonferenzen statt.

Das deutsche und französische Agrarbündnis trafen sich beispielsweise Mitte September 2010 in Aachen, um einen gemeinsamen Beitrag zur ARC-Erklärung beizusteuern. Mit von der Partie war der European Milk Board (EMB), die Abl, der BUND, die Zukunftsstiftung Landwirtschaft, Misereor, PAC2013 und Euronatur. Anfang September hatten sich im makedonischen Ohrid über 100 Vertreter von ländlichen Netzwerken und Bauernorganisationen aus ganz Südosteuropa zusammengefunden, um als EU-Kandidaten ihre Erwartungen an eine zukünftige europäische Agrarpolitik und an entsprechende Maßnah-

men im Vorfeld ihres EU-Beitritts zum Ausdruck zu bringen. Auch in Spanien, Italien und Frankreich fanden zahlreiche Seminare und Vorbereitungskonferenzen statt.

Als erste Stellungnahme zu den großen Linien der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und als Aufruf zur Mitarbeit an alle interessierten Organisationen in Europa veröffentlichte der Konvent ein *Statement of Principles*. Dieses Statement wurde als Beitrag zur Abschlusskonferenz der Bürgerbefragung der EU-Kommission am 19. und 20. Juli 2010 in Brüssel der Presse vorgestellt. Darin wurde eine radikale Abkehr vom industrialisierten Agrarmodell gefordert und eine klare Hinwendung zu einer nachhaltigen, vielfältigen und auf regionale und lokale Versorgung ausgerichteten Landwirtschaft. *Paradigmenwechsel in der Landwirtschaft* und *Wiederbelebung der ländlichen Regionen* waren die zentralen Forderungen.

Das *Statement of Principles* legte die Grundforderungen für eine tiefgreifende Reform der Agrar- und der ländlichen Entwicklungspolitik fest. Unter *Notwendigkeiten (Imperatives)* wurde – mit Blick auf Probleme wie Welthunger, Klimawandel, Verlust von Bodenfruchtbarkeit und Biodiversität, unfairen Handel und ungerechte Verteilung von Fördermitteln – begründet, warum *Business as usual* in der Gemeinsamen Agrarpolitik der Zukunft unverantwortlich wäre. Unter den Stichworten Lebensmittellqualität und -sicherheit, Mehrwert für die Regionen, Marktdifferenzierung, öffentliche Güter, Renaissance der ländlichen Regionen und besseres Gleichgewicht zwischen Politik und Förderfonds wurde die gemeinsame Philosophie der Forderungen zusammengefasst.

### ... führt zu umfassenden Reformvorschlägen

Auf der Grundlage dieser Prinzipien begann dann die eigentliche Arbeit an den Reformvorschlägen. Seit der Sommerpause wurden drei Entwürfe in den Arbeitsgruppen beraten und ins Internet gestellt, auf die zahlreiche Änderungsvorschläge eingereicht wurden. Eine Redaktionsgruppe der Initiativen des Konvents integrierte diese Vorschläge nach Rücksprache mit den Autoren nach und nach in den Text. Zu den Initiatoren des Konvents gehören unter anderen der European Milk Board, die EU-Vertretung von IFOAM, Forum Synergies (ein europäisches Netzwerk für nachhaltige ländliche Entwicklung), die Groupe de Bruges (ein europäischer *Think Tank* von Akademikern und ehemaligen Agrarministern) und PREPARE, ein Netzwerk von ländlichen Entwicklungsinitiativen in Osteuropa.

Die Koordination der Arbeiten des Konvents läuft in der Europäischen Schule für Journalismus (IHECS) in Brüssel zusammen. Die Direktoren der Schule, in der rund 1.200 Studenten auf ihre Arbeit in Presse, Radio, Fernsehen und anderen Kommunikationsmedien ausgebildet werden, nutzen den Konvent als Projektarbeit für

den journalistischen Nachwuchs. Dazu gehören die Arbeit am Internetauftritt, Videoclips, Interviews mit Vertretern des Konvents und die Vorbereitung von Pressematerial.

Am 20. Oktober 2010 veröffentlichte die Redaktionsgruppe des Konvents einen neuen Entwurf der Gemeinsamen Erklärung der Zivilgesellschaft an die EU-Institutionen. Bis zum 26. Oktober konnten weitere Änderungsvorschläge eingereicht werden. Auf der Konferenz des Konvents am 4. und 5. November in Brüssel wurde dann im Stil der Vereinten Nationen ein gemeinsamer Text im Konsensverfahren verhandelt. Alle Mitglieder des ARC, aber auch interessierte Beobachter konnten an dieser Konferenz teilnehmen. Nach Verabschiedung der Erklärung bemühten sich die Mitglieder und Unterstützer des Konvents um weitere Unterzeichner. Am 17. November, einen Tag vor der Veröffentlichung der Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament und den Agrarministerrat, wurde dann die Erklärung den Vertretern der Europäischen Institutionen übergeben.

### Ein Anfang ist gemacht

Selbst eine gemeinsame Erklärung von Verbänden und Bündnissen von Bauern und Verbrauchern, von Umwelt- und Tierschutzinitiativen, von ländlichen und entwicklungspolitischen Organisationen aus ganz Europa bleibt natürlich solange eine Sammlung von Analysen und Forderungen, solange sie nicht vor Ort in den Mitgliedsstaaten, bei wichtigen Ereignissen wie der Grünen Woche in Berlin oder dem *Salon de l'Agriculture* in Paris offensiv vertreten werden. Der Konvent hat deshalb seine Arbeit im November noch lange nicht beendet. Erst wenn deutlich wird, dass die europäische Zivilgesellschaft mehr zu bieten hat als eine gemeinsame Erklärung, wenn sie ihre Regierungen, die Kommission und das Europäische Parlament zum Dialog herausfordern kann, statt auf die Arbeit der Institutionen nur vereinzelt und im Nachhinein zu reagieren, bekommt die Zivilbevölkerung ein europäisches Gewicht. Ein Anfang ist gemacht. Jetzt kommt es darauf an, eine tiefgreifende Reform auch gemeinsam durchzusetzen.

#### Autor

Hannes Lorenzen

Berater im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung des Europäischen Parlaments, Ko-Vorsitzender des Europäischen Netzwerks Forum Synergies und Mitgründer der Agricultural and Rural Convention (ARC2020)

Rue de Hennin 83  
B-1050 Bruxelles

E-Mail: [hansmartin.lorenzen@europarl.europa.eu](mailto:hansmartin.lorenzen@europarl.europa.eu)



## Agricultural and Rural Convention (ARC2020)

Mitteilung der Zivilgesellschaft an die Europäischen Institutionen zur Zukunft der Landwirtschaft und der ländlichen Regionen

Wir fordern eine radikale Neuausrichtung der EU-Politik im Bereich Landwirtschaft und ländlicher Entwicklung:

- Einen Paradigmenwechsel in Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft, vom heute vorherrschenden industrialisierten Leitbild und einer zentralisierten Nahrungsmittelwirtschaft zu einer flächendeckend nachhaltigen Landbewirtschaftung mit Schwerpunkt auf regionalen und lokalen Verarbeitung- und Versorgungsketten, kurzen Wegen zwischen Bauern und Verbrauchern und mehr Engagement der Agrarpolitik für die öffentliche Gesundheit, die Umwelt und den Tierschutz;
- eine wirtschaftliche, soziale und ökologische Renaissance in den ländlichen Räumen Europas, die den besonderen kulturellen und natürlichen Stärken und Fähigkeiten sowie der Vielfalt der ländlichen Gebiete gerecht wird, lokale Handelsbeziehungen und Verbindungen vor Ort stärkt und die Verpflichtungen der EU einlöst, den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhang und Ausgleich umzusetzen.

Unsere Vision für eine radikale Neuausrichtung beruht auf der Überzeugung, dass wir in Europa nachhaltiger wirtschaften und leben und für gleiche Chancen sorgen müssen – sowohl innerhalb Europas, als auch im Sinne der Menschen in anderen Teilen der Welt. Wir müssen verantwortlicher umgehen mit den Ressourcen der Welt, wir müssen den Verlust der Artenvielfalt beenden und den Treibhauseffekt konsequent abbauen. Wir müssen die Lebensmittelversorgung sichern, ohne uns und andere abhängig zu machen vom Land und den Ressourcen anderer Kontinente. Wir müssen Armut und soziale Ausgrenzung bekämpfen und die gewaltigen Unterschiede bei Einkommen und Lebensqualität überwinden, die zwischen den Bürgern und den Regionen in Europa und weltweit bestehen.

### Für eine neue Europäische Politik

Die heutige Gemeinsame Agrarpolitik soll spätestens ab 2014 von einer neuen Gemeinsamen Landwirtschafts-, Lebensmittel- und ländlichen Politik abgelöst werden. Sie soll über die heute geltenden Ziele der römischen Verträge hinausgehen. Hohe Lebensmittelqualität, öffentliche Gesundheit, verbindliche Nachhaltigkeits- und Umweltstandards, Klimaschutz, Stärkung der ländlichen Wirtschaft und ihrer Gemeinschaften sollen in diesen Zielen ausdrücklich enthalten sein. Diese Politik soll mithilfe von zwei getrennten Budgets umgesetzt werden: dem europäischen Agrarfonds, der auf Lebensmittel- und Landwirtschaft gerichtet ist, und dem ländlichen Fonds, der auf die gesamte ländliche Wirtschaft und die territoriale Entwicklung zielt. Der Agrarfonds wird horizontale Maßnahmen fördern, die in allen Gebieten

Anwendung finden. Die Förderung aus dem ländlichen Fonds soll auf die Besonderheiten und Bedürfnisse der einzelnen ländlichen Regionen zugeschnitten sein.

### Der Europäische Agrarfonds

Unsere Vorschläge zur künftigen Agrarpolitik enthalten eine zentrale Forderung: Flächendeckende nachhaltige Landwirtschaft. Das heute in der EU vorherrschende Leitbild für Landwirtschaft und Ernährungsindustrie ist nicht nachhaltig. Es ist in fataler Weise abhängig von Mineralöl und langen Transportwegen für Futter- und Lebensmittel. Es vergeudet ungeheure Mengen Lebensmittel, setzt den Tierschutz nicht konsequent um, bedroht die Bodenfruchtbarkeit, die Wasserqualität und die ökologischen Systeme und verursacht eine fortschreitende Zerstörung von Arbeitsplätzen in der Landwirtschaft. Besonders in benachteiligten und ärmeren Regionen geht so der Zusammenhalt und die Wirtschaftskraft verloren.

Wir fordern die Neuausrichtung zu einer flächendeckend nachhaltigen Landwirtschaft in Europa, die sich auf die Vielfalt der lokal und regional angepassten Bewirtschaftungsmethoden stützt, nicht erneuerbare Ressourcen intelligent für den Übergang zu erneuerbaren Ressourcen nutzt, den Tierschutz konsequent umsetzt und agrar-ökologische Innovation ins Zentrum der Bewirtschaftung stellt, um ökologisch, sozial und wirtschaftlich notwendige Fortschritte zu erreichen.

Diese Neuausrichtung soll die Rahmenbedingungen und die zukünftige Förderung der Landwirtschaft bestimmen. Dabei sollten die Rahmenbedingungen so gesetzt werden, dass sich die Einkommen der Betriebe weitgehend aus den Marktpreisen sichern lassen. Subventionen ohne klare Bindung an nachhaltige Bewirtschaftungssysteme, gemeinschaftlich nutzbare Güter und soziale Kriterien sind politisch nicht zu rechtfertigen. Förderung soll nachhaltige Praxis und die Gesunderhaltung der Umwelt belohnen und die bäuerlichen Familienbetriebe, besonders in schwierigen Gebieten, dabei unterstützen, die produktive Vielfalt der landwirtschaftlichen und ländlichen Wirtschaft nachhaltig zu nutzen.

Voraussetzung für die Förderung landwirtschaftlicher Betriebe sollte deshalb sein:

- Eine klare Festlegung der Nachhaltigkeitsstandards mit neuen Regeln für die gute landwirtschaftliche Praxis und die schrittweise Durchsetzung dieser Regeln,
- Fortsetzung der Direktzahlungen auf radikal neuer Grundlage, ohne jeden Bezug zu historischen Zahlungen, unter gleichen Bedingungen für alle landwirtschaftlichen Erzeuger ►

in der EU und gleichwertigen Regeln hinsichtlich nachhaltiger Bewirtschaftungspraktiken,

- Unterstützung insbesondere kleiner Familienbetriebe und für Maßnahmen, die Arbeit in der ländlichen Wirtschaft erhalten, indem Direktzahlungen auch an die real beschäftigten Arbeitskräfte pro Betrieb gebunden werden,
- Unterstützung von landwirtschaftlichen Betrieben in abgelegenen Berggebieten und anderweitig benachteiligten Regionen,
- keine Verwendung von Gentechnik in Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion,
- Unterstützung für die Umstellung auf ökologische oder andere nachhaltige Bewirtschaftung.

Darüber hinaus schlagen wir ein System gezielter Zahlungen für Umweltleistungen vor:

- Zahlungen an Bauern, Schäfer, Forstbesitzer und Kooperativen, die besonders wertvolle Naturräume bewirtschaften,
- Agrar-Umwelt-Zahlungen für Umweltleistungen, die über die Leistungen hinausgehen, die durch die oben erwähnten Nachhaltigkeitsstandards erreicht werden,
- Unterstützung für die Bewirtschaftung von Natura 2000-Gebieten, wenn diese nicht durch oben erwähnte Maßnahmen gefördert werden,
- Unterstützung für die Kohlenstoffbindung zum Beispiel in Feuchtgebieten, Gehölzen oder Dauergrünland und HNV-Flächen (HNV = High Nature Value), die in die landwirtschaftliche Bewirtschaftung fallen,
- Investitionsförderung im Bereich des Wasserschutzes und -managements im Zusammenhang mit landwirtschaftlichem oder forstwirtschaftlichem Klimaschutz und Wiederherstellung von Naturräumen auf landwirtschaftlichen Betrieben.

Wir schlagen folgende neue Politiken im Zusammenhang mit Handel, Entwicklungshilfe und Angebotssteuerung vor, um Nachhaltigkeit in Verbindung mit fairem Einkommen für die Bauern zu erreichen:

- Neuverhandlungen über die Handelsregeln der WTO, um das Recht auf Ernährungssouveränität weltweit durchzusetzen,
- gesonderte Behandlung der Landwirtschaft unabhängig von anderen Handelsthemen in den multilateralen Handelsvereinbarungen,
- Durchsetzung von wirksamen Nachhaltigkeitsstandards bei Futter- und Lebensmittelimporten,
- Förderung der pflanzlichen Eiweißherzeugung in der EU zum Abbau des Eiweißdefizits, zur Förderung des Klimaschutzes und zur Verbesserung der Bodenfruchtbarkeit,
- Abstimmung der Agrarpolitik mit der Entwicklungspolitik, einschließlich Abbau aller Formen von Exportförderung,
- Förderung von Bauern in Entwicklungsländern bei der Erhaltung und Fortentwicklung nachhaltiger Bewirtschaftungsformen,

- Maßnahmen zur Verbesserung der Transparenz der Lebensmittelmärkte,
- Stärkung der Verhandlungsposition der Bauern und der Verbraucher gegenüber den heute dominanten Stufen von Verarbeitung und Handel, so dass beide das Angebot und faire Lebensmittelpreise aktiv beeinflussen können.

Im Hinblick auf das wachsende Interesse der Bürger an der Qualität von Lebensmitteln und Gesundheit soll der Agrarfonds folgende Maßnahmen unterstützen:

- Information und Bildung, insbesondere von Kindern, zu Lebensmittelqualität und Ernährungsgewohnheiten und deren Auswirkungen auf Gesundheit, nachhaltigen Konsum und Lebensstil,
- Regeln für öffentliche Ausschreibungen bei der Lebensmittelbeschaffung für Catering und Kantinen, mit denen förderliche Kriterien für gesunde, nachhaltig und regional erzeugte Lebensmittel festgelegt werden,
- Maßnahmen gegen die Verschwendung von Lebensmitteln in der gesamten Lebensmittelkette,
- Förderung von hofeigener Züchtung und Weiterentwicklung von Nutzpflanzen und -tieren.

#### Der Europäische Ländliche Fonds

Viele ländliche Regionen Europas sind heute stark geschwächt, einerseits durch die zusammengebrochene staatlich gelenkte Agrarwirtschaft in Ost- und Zentraleuropa, andererseits durch die Konzentration in Verarbeitung und Handel sowie nicht zuletzt durch Abwanderung junger Menschen. Große Teile des Landes werden nicht mehr bewirtschaftet.

Die vorgeschlagene ländliche Renaissance soll sich auf wirtschaftliche, kulturelle und soziale Entwicklung konzentrieren und Innovation mit gelungener Praxis verbinden. Hierfür sollte sie auch andere EU-Politiken und deren Fonds anwenden und nutzen können.

Der ländliche Entwicklungsfonds soll die ländliche Wirtschaft insgesamt stärken und diversifizieren mit Hilfe von

- Maßnahmen, die den Zugang zu Land und Kapital insbesondere für kleine und mittlere Betriebe erleichtern,
- Unterstützung für Hofübernahmen und neue landwirtschaftliche Betriebsgründungen,
- Investitionen im Telekommunikationswesen in ländlichen Gebieten,
- Entwicklung des ländlichen Tourismus, verbunden mit Natur- und Umweltschutz,
- Berufsbildung, Fortbildung, Beratung und Austauschprogramme, die eine nachhaltige ländliche Entwicklung fördern.

Diese lokal angepasste Wirtschaftsförderung sollte folgende Politiken einschließen:

- Schaffung und Stärkung regionaler und lokaler Lebensmittelsysteme wie Bauernmärkte, Hofläden, gemeinschaftlich ►

organisierte Landwirtschaft und ein europäisches Netzwerk für den Austausch gelungener Praxis in diesen Bereichen,

- Unterstützung von Kennzeichnung und Marken für lokale und regionale Produkte,
- Anpassung von EU-Verordnungen im Bereich der Lebensmittelhygiene, um angemessene flexiblere Regelungen für kleine Betriebe und lokale Vermarktung zu schaffen.

Der ländliche Fonds sollte Gemeinschaften, Dienstleistungen und Infrastruktur stärken.

So genannte Randgebiete und benachteiligte Gebiete brauchen eine besonders kreative und flexible Unterstützung.

Die Politiken sollten

- den sozialen Zusammenhang stärken, so dass Bürger, die in diesen Regionen leben, an lokalen Entscheidungen über Entwicklungsmaßnahmen intensiv beteiligt werden,
- die Rolle von Kleinstädten als soziale, kulturelle und wirtschaftliche Zentren der ländlichen Wirtschaft stärken und gute Verbindungen zu den Randgebieten herstellen,
- Subsistenz-Landwirtschaft in die Gemeinschaftsförderung einbeziehen,
- neue und kreative Ansätze bei der Armutsbekämpfung anwenden, um besonders verletzlichen und bedürftigen Gruppen durch spezifische Bildungsmaßnahmen zu helfen.

Wir schlagen vor, dass Maßnahmen, die aus diesem Fonds finanziert werden, sich auf integrierte subregionale Entwicklungsstrategien konzentrieren sollten.

#### **Forschung, Ausbildung und Innovation**

Die neue Gemeinsame Landwirtschafts-, Lebensmittel- und ländliche Politik sollte im Rahmen des 8. EU-Forschungspro-

gramms integrierte Programme für Information, Ausbildung und Austausch über gelungene Praxis anbieten und holistische Forschungsansätze fördern. Netzwerke für ländliche Entwicklung sollten eine dynamischere und animierende Rolle spielen.

#### **Gute Entscheidungsfindung, Finanzierung und Umsetzung**

Der Erfolg dieser Politiken wird in hohem Maße davon abhängen, wie die Politik gestaltet, finanziert und umgesetzt wird. Der neuen Politik sollte der gegenwärtige Anteil am EU-Haushalt weiterhin zur Verfügung stehen. Ländliche Regionen sollten aber auch Zugang zu anderen EU- und nationalen Fonds sowie privaten Mitteln für die Umsetzung haben.

Die neue Politik sollte

- einen strategischen Rahmen für die Gemeinsame Lebensmittel-, Lebensmittel- und ländliche Politik festlegen, der mit der Regional-, Kohäsions-, Sozial- und Fischereipolitik abgestimmt ist,
- Mitgliedsstaaten und Regionen ermöglichen und ermuntern, ihre eigenen strategischen Rahmenbedingungen festzulegen und mit den operationellen Programmen abzustimmen,
- sub-regionale Partnerschaften in die Lage versetzen, die lokalen und territorialen Entwicklungsstrategien vorzubereiten und umzusetzen mit der Möglichkeit, alle fünf oben erwähnten Fonds und alle im Rahmen des ländlichen Fonds angebotenen Maßnahmen zu nutzen.

#### **Hinweis**

Dies ist eine Zusammenfassung der Mitteilung. Das gesamte Dokument findet sich als Download unter [www.arc2020.eu](http://www.arc2020.eu).